

Abonnementpreis für Nichtmitglieder 75 Pf. pro Quartal etc. Bestellgeld. Man abonniert bei allen Zeitungs-Expeditionen und Postanstalten, sowie in der Expedition.

Buchbinder-Zeitung.

Redaktion und Expedition: A. Dietrich, Stuttgart, Poststraße 30.

Inserate pro 5spaltige Zeile 20 Pf., für Verbandsangehörige 10 Pf. Preisermäßigung ist der Betrag in Reichsmark beizufügen, andernfalls der Abdruck unterbleibt.

Organ des Verbandes der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergeräthfabrikanten-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 28.

Stuttgart, Sonnabend den 13. Juli 1895.

11. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Ausgesprochen auf Grund der Bestimmung des § 6 in dem Statut wurde:

in Karlsruhe: Buchbinder Fr. Dietrich, geb. am 1. Februar 1874 in Engen (alte Buchnummer 7606);

in Oldenburg: Buchbinder Paul Gallarschek aus Altona (alte Buchnummer 1068).

Der Verbandsvorstand. J. A. Dietrich.

Die Achtstundentagbewegung in der Diskuffion.

II.

P. B. Theils im Anschluß, theils zur Entgegung auf Oldenbergs Arbeit veröffentlichte J. Jastrow in der gleichen Nummer der „Sozialen Praxis“ einen Aufsatz über „die Zukunft des Normalarbeitstages“, der sich trotz mancher Bedenken in prinzipieller Hinsicht doch vortrefflich von der vorgenannten Arbeit unterscheidet. Wo der christlich-ökonomisch-soziale Streiter die Arbeiterklasse mit allen möglichen Sottisen und Verdächtigungen bombardiert, da findet der rüstige Vertreter derjenigen Färbung des Liberalismus, die sich den sozialen Forderungen der Zeit nicht gänzlich verschließen kann, Worte der Entschuldigendigkeit, der Anerkennung, der Aufmunterung, und in seine kritische Würdigung der vorstehenden Arbeit mischt sich hier und da ein, wenn auch ganz leiser Tadel ein, immerhin als Zurückweisung verständlich genug, um in Arbeiterkreisen ein donnersdes Echo zu erwecken. Weßhalb auch sollten wir von den bürgerlichen Akademikern eine schärfere Auseinandersetzung über einen Gegenstand erwarten, der für sie doch lediglich das Interesse einer Doktorfrage haben kann. Die Gefühle des Arbeiterstandes liegen beiden so fern; in des Einen Brust erwecken sie Sympathie, in des Anderen Brust regt sich der Stolz, und so hat jeder darüber seine eigene Meinung, ohne sich wesentlich zu erheben. Ja, wenn es sich um die Freiheit der Wissenschaft handelte! Deshalb bespricht aber Jastrows Vortrefflichkeit der Arbeiterklasse nichts an ihrem Wert; sie gereicht ihm um so mehr zur Ehre, als er, wie aus seiner Behandlung klar hervorgeht, durchaus kein Anhänger des gesellschaftlichen Normal- oder Maximalarbeitstages ist, vielmehr bemüht ist, aus diesem zusammengetragenen Material seine Ueberflüssigkeit zu beweisen. Vor Allem ist er erfreut, daß der Sprachgebrauch an Stelle des Normalarbeitstages den Ausdruck „Maximalarbeitsstag“ gesetzt habe, worin er die Neigung erblickt, das Gebiet eines bestimmten Wissenschaftsides, welches von oben herab das gesamte Wirtschaftsleben regeln will, zu verlassen und den Bestrebungen auf Verkürzung der Arbeitszeit einen mehr praktischen Charakter zu geben. Er begrüßt diese Bestrebungen, deren günstiger Einfluß auf die soziale Wohlfahrt er nicht verkennen kann, mit Freude, aber die gesellschaftliche Regelung will seinem Liberalismus, dem das freie Spiel der Kräfte noch in den Aeren spukt, nicht behagen, und er beruft sich zum Beweise ihrer Unzulänglichkeit auf das allbekannte Beispiel der Vergleiche von Durham und Northumberland, die den gesellschaftlichen Achtstundentag zurückweisen, weil er ihren lebensfähigen Arbeitsschichten gegenüber einen Rückschritt bedeutet. Soll diese Beweisführung etwa andeuten, daß die Sympathien Jastrows weit über den gesellschaftlichen Achtstundentag für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit hinausgehen, so daß er die Gesetzgebung eher für ein Hindernis, für einen schädlichen Faktor in dieser Kulturbewegung hielte? Fast scheint es so, denn er behauptet im weiteren Verlaufe, es habe die Entwicklung unter den Sozialpolitikern aller Richtungen über zwei Punkte Uebereinstimmung bestanden, einmal, daß die Einführung eines gleichmäßigen Arbeitstages durch einen plötzlichen Akt der Gesetzgebung weder möglich noch wünschenswert, zweitens aber, daß die Verkürzung der heute durchschnittlich bestehenden Arbeitszeit unbedingt anzustreben ist. Dieses Resümee, soweit es sich auf den ersten Punkt bezieht, erscheint uns doch etwas voreilig; schon in obigen bekannten Beispiel der schottischen Vergleiche hat Herr Jastrow die armen Skotten recht verzeihen, jugendliche Hilfsarbeiter, die infolgedessen die kurzen Arbeitsschichten der Häuser benachteiligt sind, als sie in ihrer nach wie vor effizienten

Schicht ein erhöhtes Arbeitsquantum zweier Häuser-schichten zu bewältigen haben. Merkwürdigerweise haben sich die schottischen Musterarbeiter noch nicht bemüht gefunden, den armen Jungens zu kürzeren Schichten zu verhelfen, und ihr Sträuben gegen den gesellschaftlichen Achtstundentag, der nach englischen Verhältnissen nur ein territorialer sein kann, da er nur dort in Kraft tritt, wo sich die Mehrheit der Belegschaft für ihn entscheidet, hat den traurigen Erfolg, jugendliche Hilfsarbeiter um ihren, dieser Kategorie doppelt notwendigen Schutz gegen die niederträchtigste Ausbeutung zu bringen. So sehen die Gründe der Gegner der gesellschaftlichen Arbeitszeitregelung aus. Nicht viel besser sieht der andere Beweis aus, der mit der Verfassungswidrigkeit des Achtstundengesetzes in Illinois operiert und den dortigen Arbeitern Gleichgültigkeit gegen diese Frage nachrühmt.

Die Behauptung Jastrows bezüglich der angeleglichen Uebereinstimmung aller Sozialpolitikern, daß die Einführung eines gleichmäßigen gesellschaftlichen Arbeitstages weder möglich noch wünschenswert sei, entspringt lediglich dem Wunsch des Verfassers, der damit hinter der Entwicklung ein gutes Stück zurückgeblieben ist, und sie zeigt uns, wohin die Achtstundentagbewegung führen würde, wenn wir die Direktive den Leuten überlassen wollten, die sich in der letzten Zeit so bereitwillig in ihren Dienst gestellt haben. Das sind die Leute, die des Rühmens kein Ende finden, wenn ein einzelner Fabrikant den Achtstundentag in seinem Betriebe obligatorisch macht, die die Welt aus den Angeln heben möchten, wenn eine Gemeinde oder ein Arbeitsministerium für ihre Unterstellten eine Normalarbeitszeit einführen, die ab sofort aufhören und bremsen, wenn es gilt, ganze Arbeit zu machen und in dem gebachten Sinne den wirklich praktischen, allein zum Ziele führenden Weg zu beschreiten.

Was soll die sonderbare Beweisführung bedeuten, daß in Deutschland der Maximalarbeitsstag eine bereits gesetzlich zu Recht bestehende Einrichtung sei, und in Gestalt eines zehnjährigen für jugendliche Arbeiter, und eines effizienten für Arbeiterinnen bestehe, und weiterhin in einer Kompetenz des Bundesrates nach § 120 e der Gewerbeordnung zu seiner Festsetzung für gesundheitsgefährliche Betriebe zum Ausdruck komme, wenn die Tendenz der ganzen Behandlung den gesellschaftlichen Weg für überflüssig erachtet. Das läßt doch lediglich darauf hinaus, daß der Staat, abgesehen von einigen kleinen Unzulänglichkeiten, deren Korrektur sich benötigen dürfte, seine Pflicht getan habe, um vorerst die Kinder, die Schwachen und dann auch die öffentliche Gesundheit zu schützen, und die Arbeiter demnach keine Urheger hätten, auf ihrer Forderung des gesellschaftlichen Achtstundentages zu beharren, die doch nur die allen zugespitzten Programmforderungen eigene Bedeutung habe. Das ist eine Meinung, die wir nicht unwiderprochen lassen möchten, und zwar um so weniger, als früher oder später eine Auseinandersetzung mit den angeleglichen oder verhältnismäßigen Freunden der Achtstundentagbewegung doch stattfinden muß, eine Auseinandersetzung über die wahren Ziele und Inhalt unserer Maidemonstration, der wir durchaus nicht auszuweichen brauchen, und die je eher desto besser die Arbeiter vor falschen Voraussetzungen und Wegen bewahren dürfte. Ist es doch gerade der Sozialliberalismus, dessen ganze beabsichtigte oder intuitive Tendenz scheinbar unseren Wegen folgt, um die Reformbestrebungen der Arbeiter auf halber Bahn aufzuhalten oder abseits zu führen, und die um so sorgfältiger zu beobachten und zu durchstreifen ist, als der blöde Haß der eingepfeiften Reaktionsäre diese neue Bourgeoisgruppe der Sympathie weicher Arbeiterkreise verflucht.

Die Behauptung von dem Vorhandensein eines gesellschaftlichen Maximalarbeitstages in Deutschland erscheint in dieser Beziehung durchaus unzutreffend. Was wir unter Normalarbeitsstag verstehen, das ist die gesetzliche Festsetzung der höchsten täglichen Arbeitszeit, die weder im Zehnjährigen noch im Zehnjährigen, noch im Einstundentag der Frauen erfüllt ist, wie schon eine Erwägung der §§ 138 a, 139 und 139 a lehrt. Der Maximalarbeitsstag ist ein Minimalarbeitsstag, dessen Maximum über der gesetzlich festgelegten Zeit, in den Ausnahmen liegt. Und diese Ausnahmen, deren Erweiterung sich ja der Handelsminister gegenwärtig so angelegen sein läßt, zerfallen derart die Regel, daß, wie bei der Sonntagstrabe, der Schwerpunkt in ersteren liegt, allerdings eine Regelung, die die Reformen zum großen Theil wieder entwertet. Was nützt da wohl für die allgemeine große

Praxis die Kompetenz des Bundesrates in § 120 e, die bis jetzt nur für drei Industrien zu einer Beschränkung der täglichen Arbeitszeit geführt hat (für die Phosphorsäure-, Bleifarben- und Zafabikindustrie), wenn solch ein münziger Fortschritt erst jahrelanger Unterfuchung und jahre-längerer Vorbereitungen bedarf, ehe er — auf dem Papiere steht? Und was wird bei einer allgemeinen Enquete in allen Gewerben herauskommen, die Jastrow vorschlägt, um die gegenwärtige Blankovollmacht des Bundesrates in § 120 e in eine pflichtmäßige Gelegenheit umzuwandeln? Findet er es doch selbst überaus charakteristisch, ja als bloße Zeitausfüllung, wie man sich in Deutschland zu einer Enquete über die Arbeitszeit verhält. Ob dieses Verhalten vielleicht dadurch entschuldigt wird, wenn man die gesellschaftliche Aktion weder möglich, noch wünschenswert erscheinen läßt, müssen wir bezweifeln, da für ein privates oder gewerkschaftliches Vorgehen sich jedenfalls eine staatliche Enquete erübrigt, und eine bundesrätliche Aktion durch eine solche nicht herbeigeführt, sondern hinausgeschoben wird. Wo die Volkstimme nicht bereits in den vertretenden oder gesetzgebenden Körperschaften die Direktive giebt, da geschieht kaum etwas vom Bundesrat allein. Irrig ist auch die Annahme, daß gegenwärtig die Forderung des Maximalarbeitstages die frühere des Normalarbeitstages verdränge; zum wenigsten ist in der Maidemonstration der Arbeiter, die noch immer die Führung der Achtstundentagbewegung behauptet, nicht der geringste Grund zu solcher Annahme gegeben. Noch immer wird alljährlich über die ursprüngliche Pariser Resolution abgestimmt, an deren Spitze die Forderung des achtstündigen Normalarbeitstages steht. Daß den Herren Arbeiterfreunden von der Bourgeoisie diese Forderung nicht ganz behagt und sie dieselbe gar zu gerne in die des Maximalarbeitstages umzuwandeln möchten, glauben wir gern und geben auch zu, daß die letztere für Deutschland durch die in der Gewerbe-novelle gewährten Konzessionen, von Jastrow zu Recht bestehender Maximalarbeitsstag genannt, einigermassen in den Vordergrund des praktischen Interesses getreten ist, nicht aber in den unseres praktischen Wirkens, unserer Agitation. Der Maximalarbeitsstag rückt vielleicht eher in des Erfolges Nähe, damit ist indeß unserer Forderung keineswegs Genüge getan; höher noch steht uns der gesellschaftliche Normalarbeitsstag, und zwar aus Gründen, deren sich unsere Gegner sehr wohl bewußt sind; deutet doch auch Herr Jastrow auf ein bestimmtes Wirtschaftsideal hin, das er der sogenannten praktischen Forderung gegenüber stellt. Das heißt, daß der Normalarbeitsstag einen ganz anderen Eingriff in das Wirtschaftsleben bedeutet, der zweifellos im Interesse der Arbeiterklasse liegt, darum aber den bürgerlichen Kreisen viel weniger wünschenswert erscheint. Denn während der Maximalarbeitsstag nur eine Beschränkung der Arbeitsdauer mit sich bringt, garantiert allein der Normalarbeitsstag eine Regelung der Arbeitszeit, sowohl hinsichtlich des Beginns und der Beendigung, als auch der Zwischenpausen. Wir demonstrieren nicht, um das zu erhalten, was die Vergleiche in einzelnen Bezirken bereits von Alters her haben, die achtstündige ununterbrochene Schicht im Wechselbetrieb, die der Industrie sogar eine höhere Anspannung und Ausbeutung der Arbeiter gestattet (das, was heute einzelnen Unternehmern den Achtstundentag so annehmenswert erscheinen läßt), sondern zur Erreichung einer Verkürzung und Regelung zugleich, in der Erkenntnis, daß beide Faktoren zusammen gehören, und der heutigen Produktionsanarchie zu feuern. Ein Maximalarbeitsstag ohne diese Regelung ist wie eine Klinge ohne Dst; er öffnet der Ausbeutung Thür und Thor; er begünstigt den ununterbrochenen Betrieb, die rücksichtslose Unterdrückung der menschlichen Arbeitskraft unter die Herrschaft des toden Produktionsmechanismus, er räumt damit dem Kapitalismus zu seinem rasenden Exploitationsprozeß die letzten Hindernisse aus dem Weg. Wie sehr wir uns dieser Tendenz nähern, beweist ein Blick über die zahlreichen, auf Grund der konfirmirlichen Betriebsweise gestatteten Ausnahmen von der gesetzlichen Sonntagstrabe nach § 105 a der Gewerbeordnung. Wir vermögen in der Förderung dieser Entwicklung keinen Fortschritt zu erblicken und haben daher um so mehr Grund, an unserer Forderung des Normalarbeits-tages festzuhalten, die zum ersten Male das menschliche Interesse über das kapitalistische stellt und allein den wahren Erfolg der Arbeiterfrage reform garantiert.

Mag der gesetzliche Maximalarbeitsstag als Minderforderung leichter durchführbar erscheinen und deshalb als die nächstliegende Konzession in Betracht kommen, so überhebt uns diese Voraussetzung keineswegs der Pflicht, jederzeit für die vollwerthige Forderung einzutreten und alle Versuche unserer wohlmeinenden „Freunde“, die Achtstundentagbewegung auf das ihnen zugunsten Maß zurückzuführen, zu entkräften. Wenn wir dabei auch keineswegs auf irgend eine der geringfügigen Verbesserungen und Reformen verzichten in der Ueberzeugung, damit dem Wohle der Arbeiterklasse zu dienen, und auch den Maximalarbeitsstag als schätzenswerthe Errungenschaft einstweilen acceptiren würden, so geschieht dies doch allezeit mit dem Vorbehalt, das vorläufig Gewährte zur Grundlage der weitergehenden Aktionen zu machen, bis wir alle im Interesse der Arbeiterklasse notwendigen Reformen erreicht haben. Was die Durchführbarkeit des gesellschaftlichen Normalarbeits-tages betrifft, so mögen in Bezug auf einzelne Gewerkszweige verbreitete Zweifel bestehen, und Ausnahmen von solcher Festsetzung, wenigstens hinsichtlich einzelner Arbeitsprozesse wünschenswert erscheinen. Für solche, aber auch nur für diese abgeordneten Betriebsarten mag der Maximalarbeitsstag, der wenigstens die Dauer der täglichen Arbeitszeit beschränkt, vorläufig genügen, um ihnen eine Frist zu gewähren, diejenigen Einrichtungen zu treffen, welche die Anpassung an den allgemeinen gesellschaftlichen Zustand ohne außerordentliche Schädigung der Industrie ermöglichen. Für 10 der Gewerbe ist jedoch der gesetzliche Normalarbeitsstag schon heute durchführbar und geboten, und für 1/2 derselben sind nennenswerthe Schädigungen überhaupt nicht zu befürchten. Wo solche anfangs wirklich auftreten sollten, da verschwinden sie bei längerer Dauer der Regelung von selbst und sie können gegenüber den allseitigen Vorzügen kaum in Ansehung kommen. Der Normalarbeitsstag als allgemeine Regel, der Maximalarbeitsstag als vereinzelte Ausnahme, um auch die letzten Bedenken zu überwinden, und zwar nur als Ausnahme für männliche Arbeiter über 18 Jahre, das ist das Hauptziel der Achtstundentagbewegung, das der Arbeiterklasse nicht allein als notwendig, sondern auch als jederzeit durchführbar gilt. Die Bedenken Jastrows gegen einen plötzlichen Akt der Gesetzgebung sind hinsichtlich geworden durch die Art des längst bekannten Vorgehens unserer Reichstagsfraktion in ihrem Arbeiterschutz-Vorwurfsentwurf und bei Beantragung ihres § 136 a in der Beratung der Gewerbe-novelle 1891. Da war zunächst für die Einführung des neunstündigen Normalarbeits-tages eine 2 1/2-jährige Frist vorgesehen, und für die des Achtstundentages eine weitere Frist von 4 Jahren. Ueberricht ist auch die Unterfuchung, daß die Arbeiter bei dieser allgemeinen Regelung die besondern Verhältnisse einer Anzahl von Gewerks-zweigen außer Rücksicht ließen; eine Ausnahme für solche berechtigte Fälle würde nirgends auf Widerspruch stoßen, so lange die anderweitige Regelung das Maß der übrigen Arbeitszeit einhält, der Maximalarbeitsstag also nicht von längerer Dauer ist, als der Normalarbeitsstag. Eine ver-waltungsmäßige Reform der Arbeitszeit kann wohl unter der Voraussetzung gewisser Direktiven von Nutzen sein und wird mangels anderer Reformen immer unsere Anerkennung finden; da sie jedoch hinsichtlich ihres Erfolges unberechenbar bleibt und sehr leicht bei mangelndem Nachdruck den Widerstand der Kapitalistenklasse erheben könnte, so erscheint sie uns stets ungenügend, gleichwie uns die gelegentliche gewerkschaftliche Verkürzung der Arbeitszeit oder die freiwillig zugestandene maximale Regelung keine Gewähr gegen spätere Bergewaltigungen der Arbeiterklasse bieten können. So hat also die gesetzliche Regelung allein die Garantie des Erfolges und seiner Dauer für sich, und wir halten auch dort an dieser Forderung fest, wo sie den vereinzelten Erfolgen der Praxis hinsichtlich des Zeitmaßes nachsteht. Der Erfolg der gesellschaftlichen Regelung liegt in ihrer Massenwirkung; als solche ist sie der beste Damm gegen alle Rückfälle, die beste Position zur Sicherung weiterer Erfolge. Durch dieses Ziel soll indeß die praktische Anbahnung durch Verkürzung der Arbeitszeit seitens der Gewerkschaften keineswegs gehindert werden, da nur der praktische Erfolg im Einzelnen, die Vionirarbeit der Kampforganisationen, das Gelingen der politischen Aktion vorürben kann. Die Praxis muß die Theorie bestätigen, ihre Durchführbarkeit erweisen, sie ist notwendig für den Sieg der Theorie, nicht aber überflüssig zur gesetzlichen

(denn es ist doch vorzüglich der Vorsitzende im Vorstand gemeint). Armer Verbandsvorstand, ich möchte Dich befragen, wenn ich nicht wüßte, daß Du Dich der Deiner Hauptpflicht entziehst. Hier tritt es deutlich zu Tage, daß es im Großen geht wie im Kleinen; denn ein Jeder, der ein Jahr oder länger an der Spitze einer Verwaltung steht, wird mit zugeben, die bösen Bevollmächtigten, oder wie man sie sonst jenseit mag, sollen an Allem schuld sein. Man müßte sich ab, das Richtige zu treffen, aber immer schreiben die Einen: „Das ist zu viel!“, die Andern: „Es ist zu wenig! — und recht haben sie alle Beide nicht. Denn zum Einen: mehr als ein Mensch ist eben Keiner; zum Andern: schrieben die vorne, oder werden sie auch nur geküßelt? Zum dritten: warum immer die Person für alles verantwortlich machen, und die Fehler nicht im ganzen Vorgehen suchen?

Der Vorwurf Wittich's im zweiten Absatz gegen den Vorstand ist doch so scharf, daß nun nur ein Dritter ihn übertrumpft, indem er sagt: die Schwaben taugen nicht für den Verbandsvorstand, sie sind zu gutmüthige Kerle, der Verbandsvorstand muß nach Berlin, damit mehr Schmiss, mehr Disziplin dahinter kommt; ja die Preußen sind doch schändlicher! — Nun, wer mit dem Verbandsvorstand in irgend einem Konflikt kam, wird wohl nur zu gut wissen, daß derselbe sehr wohl eine Meinung hat und auch ganz hübsch ausstellen kann. Damit ist konstatirt, daß der Entrüstungssturm mindestens etwas schwarz ist. Mehr darüber zu sagen, halte ich für unnützig, denn der Verbandsvorstand hat sich, wie ja auch die Hamburger, ganz gut herausgehauen, auch habe ich keine Lust den Vertheiliger für Jemanden zu spielen, der sich selbst besser kennen kann.

Jedoch zu dem Vorwurf gegen Hamburg möchte das Eine einschalten: Was das Verbrechen so groß, daß es in Hamburg Jahre dauerte, bis es sich durchgerungen hatte, für die Arbeiterinnen mehr zu thun? Man sehe sich doch ganze Verbände an, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, wie die sich zur Frauenfrage stellen; dann einen Blick in die Partei. Es gut es hier der Fall ist, wird man es wo anders auch treffen, daß selbst Leute, die sozusagen mit an der Spitze stehen, der Frauenfrage gegenüber eine drückende Rolle spielen. Man kann eben nirgends mit dem Kopf durch die Wand, die Wahrheit braucht bei Manchem eben lang, bis sie sich durchschlägt.

Im Weiteren freut es mich, daß auch Wittich ein Freund der Bewegungsfreiheit ist; ich bin dafür, daß unser heutiger Altkongressraum überhaupt nicht mehr beklammert werden möge. Aber noch besser würde es sein, wenn Kollege W. mit der Bewegungsfreiheit verbinden möge, seinen Befehlsmatismus zu befeitigen und alles mehr als natürliche Folge anzusehen, und nicht den „bösen“ Verbandsvorstand und die „bösen“ Hamburger z. anzuklagen. Was würde daraus werden, wenn die Vorredner, wenn ihnen einmal etwas gegen den Strich geht, die Kravatte verlieren wollten? Was sollen denn die Kleinmüthigen und Drückberger machen, die so fast bei jeder geringen Gelegenheit umfallen, die man fort und fort aufdrückt muß!

Hat man sich nach zweijähriger Frist einen gelinden Regenmesser geholt, so beherzige man die Worte unseres Kollegen Karl Grimm von den Klügeren genannenen Mathematikern. Es ist jammer schade, aber Niemand dafür verantwortlich zu machen, daß wir nicht klug geworden werden, sondern die Menschen zu meist und am besten aus ihren begangenen Fehlern lernen. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als, für die Zukunft die Urabstimmung zu umschreiben, mit anderen Worten: der Vorstand und Ausschuß (vielleicht auch eine Kontrollkommission) hat die Anträge zu prüfen, ehe sie zur endgiltigen Urabstimmung gestellt werden.

Heute aber Urabstimmung und Vorstand den Stab zu brechen, finde ich zwecklos, erst eine zweite Urabstimmung kann den Nutzen oder Schaden der Urabstimmung nach meiner Meinung ergründen; das nächste Mal werden, das ist zu erwarten, alle Theile wichtiger zu Werke gehen. Denn es ist meine Ueberzeugung, daß man aus dem diesmaligen Dornenbusch von Anträgen (die Stettiner nicht ausgenommen) gelernt haben wird, ein besseres Bild zu zeichnen.

in die Werkstätte für Arbeitslose und hatte da für achtsündige Arbeit, bestehend in Holzgerleinern, freie Verpflegung.

Nach wöchentlichem Aufenthalt erhielt ich endlich Stellung in einer Galanteriewaarenfabrik in der Eisenbahnstraße. Es war dies eine Werkstätte, wie man sie selten findet. Die Behandlung seitens des Werkführers war eine kulanthe, die des Chefs durchaus human. Trotzdem die ungefähr 20 Kollegen, mit einigen Ausnahmen, überzeuge Sozialdemokraten waren, gehörte keiner derselben dem Verbande an. Erst später habe ich mich darüber gewundert, als ich die Erstigen und den Zweck eines solchen Lehrens lernte.

Als nach Weisnachten die Arbeit knapp wurde, trat ich aus und nahm eine Stellung in der Dampfmaschinenerei von Sp. in Magdeburg an. Zu meinem Bedauern muß ich sagen, daß auch in dieser Werkstätte die Beschäftigung bei der Organisation sehr gering war; von ungefähr 12 Kollegen gehörten nur 2 dem Verbande an.

Hier arbeitete ich nur einige Wochen, dann wurde ich vom Chef veranlaßt, nach Etzenlab in Stellung zu treten. Selbstverständlich waren hier die kleinstädtischen Verhältnisse am Platze. Bei 13hündiger Arbeitszeit erhielt ich den für Etzenlab wöchentlich bei freier Station. Dafür war die Kost aber dergestalt, daß ich wöchentlich mindestens 2 Mark zusetzen mußte. So will ich z. B. nun anführen, daß ich als Abendessen einen halben Dering und Pellkartoffeln erhielt, hierbei stand mir schönes, frisches Trümmerswasser zur unbegrenzten Verfügung. Zum

Damit komme ich zur Abstimmung selbst. Es springt da zunächst ins Auge, daß gerade in den Städten, wo wir am besten organisiert erscheinen, sich, ich möchte sagen: ein gewisser Individualismus gezeigt hat. Am meisten muß es aber auffallen, daß sich an der ersten Abstimmung fünf Abstellstellen gar nicht beteiligten, bei beiden Abstimmungen fehlten Erlangen und Breg. Denn es dürfte doch unumstrittene Thatsache sein, daß dem Verbände die Urabstimmung, also die Initiative, höher stehen müßte als dem Reichsbüro als allgemeine Wahlrecht beiliegend ist und sein soll. In den großen Städten ist doch eine weit bessere Ausbildung möglich als bei uns rüchtländigen Provinzler; man reise uns also nicht mehr allzuviel von Erziehung, denn ein ausgebildeter, erkenntnißvoller Kollege darf nach meinem Dafürhalten sein oberstes Recht nicht achtlos ignorieren. Das Bild Erlangens, daß von 49 (46) Kollegen kein Einziger gekommen war, sein Recht zu wahren, ist wunderbar. Sollte man in Erlangen und Breg jede Aenderung für überflüssig betrachtet haben?

Was nun den angenehmen sogenannten Formelkram betrifft, so wird dessen letzte Stunde in zwei Jahren geschlagen haben, sobald sich herausstellt, daß es nicht mehr als Formelkram ist, also der Versuch mißlungen ist; haben wir es zum Mindesten in der Zeit nicht.

Im Weiteren gestehe gerne zu, daß es sehr zwecklos gewesen wäre, wenn etwas auskömmliches statistisches Material über die setzige Unterstützung vorgelegt hätte. Aber auch ohne dies wird es sich Manchem klar geworden sein, daß mit der Ausführung der reine bürokratische Formelkram verknüpft war, zum anderen wird ein zu Theil der Kollegen mit mir einverstanden sein, wenn ich behaupte, daß die Resistentenstellung Ungerechtigkeiten enthielt, und daher das Experiment von 1893, um mit W. zu sprechen, Trugschlüsse enthielt. Einen wies Dietrich schon nach mit 3 wöchentlichen Karenzzeit, der andere ist der: früher im Unterstützungsverband, bekamen die am Orte befindlichen Kollegen in den wenigsten Vereinen Unterstützung, nun aber wurde der Gehalt mit einem Male dem Reisenden mit 5, im Differenzfall 10 M. vorgezogen. Zum dritten fand wohl Mancher darin ein Borrecht, daß derjenige, welcher es vorzog, eine schlechte Tour zu wählen, oder wenn er bessere Erwartungen hegte, eine Tour mit der Bahn fuhr, weniger erhielt. Wenn dies nicht eine Ungerechtigkeit ist, so ist es doch eine Schwärzung seines Rechtes, denn seine Beiträge müßte und hatte er so gut wie der zurückreisende entrichtet; der Beweis, ob der zurückreisende die Unterstützung nötiger hat, kann doch nur im Einzelfalle erbracht werden. Warde durch dies System nicht vielleicht manch schlauer Großstädter zu Hintergehungen veranlaßt, und leben wir nicht im Zeitalter der Eisenbahn?

Schon um deswillen betrachte ich die Tagesgelderunterstützung als einen Fortschritt, daß sie unbedingte Gleichheit wenigstens für die männlichen Mitglieder gebracht, die weiblichen müßte allerdings noch, vergleichsweise gesagt, ein Butterbrod bekommen. Und weil mehr Gerechtigkeit in der heutigen Unterstützungsworm liegt, so erachte ich das Experiment von 1893 als verwerflich.

Ob die Urabstimmung sich vollkommen im Zeichen des Kirchthurms (scharf gesagt im Zeichen des Kreuzes) vollzog, will ich nicht weiter unteruchen, jedenfalls dürfte ein Theil der Mitglieder anderer Meinung sein. Nun aber nur nicht so fir mit Vorwürfen; bekanntermaßen können die Herren Berliner, wenn sie wo anders hinkommen, ihre Thüre nicht vergessen, trotzdem dieselben nicht von besonderer Höhe sind. Es ist aber eine Annahme, zu sagen, man hätte Jemanden haben müssen, der den armen Provinzlern gesagt hätte, wo anders wohnen auch Leute! Haben die Berliner die Intelligenz in Erbschaft? Wir in der Provinz wissen nur zu gut, daß die Gestaltung der Verhältnisse sehr mannigfaltig ist, wir wissen aber auch, daß man nicht Allen alles recht machen kann, namentlich den Reichshäbtern; die wissen immer alles noch besser. Dies soll natürlich für den Einzelnen kein Vorwurf sein, aber auf die Allgemeinheit paßt er. Im Uebrigen: wie wäre es, wenn sich mal einige Berliner Intelli-

Ueberflus wurde dies lufthaltige Maß zwei- bis dreimal als Abendessen aufgetischt.

Mein Chef war in Etzenlab eine ganz gewichtige Persönlichkeit, so z. B. Brandprinzer bei der Feuerweh, Ehrenmitglied mehrerer patriotischer Vereine, Vorsitzender anderer wieder, und vieles Andere noch, wodurch er ganz bedeuten ins Auge fiel. Ich glaube, die allzuwertsende Frau Meisterin muß sogar würdigen Mitglied eines Tierchutzvereins gewesen sein, denn als ich ihr Köter ins Bein biß, wovon ich noch heute eine 5 Zentimeter lange Narbe habe, und ich ihm als Belohnung einen guten Hieb über den Rücken versetzte, so daß er heulend davon lief, wurde mir mitgetheilt, daß ich kein Recht hätte, den Hund zu schlagen, er hätte gekaut, daß sie (die Meisterin) zu Tode erschrecken wäre.

Als ich hier einige Monate gearbeitet hatte, wurde mir gekündigt, hatte jedoch das Unglück, vor Ablauf der Kündigungsfrist an einem Halsleiden zu erkranken. Da ich der Dröckentantelange angehörte, ging ich zum Arzt und wurde auch acht Tage von demselben behandelt. Dann erklärte er mich für gesund, obgleich ich das noch nicht war. Es halfen keine Vorstellungen meinerseits, daß ich arbeitslos sei, auf die Wandererschaft müße und daß sich das Leiden hierbei verschlimmern könne. Er meinte, es würden an die Kaffe zu große Ansprüche gestellt, und es würde schon so besser werden. Eine Salbe gab er mir, und ließ mich laufen. Schon am ersten Tage der Wanderung hatte ich mit Wind und Wetter zu kämpfen, und wer durch die Altmart gewandert, wird wissen, daß es keine Kleinigkeit ist, bei schaufligem Wetter mit krankem

genen aufmachen wollten, sich dauernd oder längere Zeit in kleine Zählstellen setzen, um den Provinzlerm Verleser beizubringen? Jedoch müßten es andere Leute sein, wo wir sie schon hier hatten, denn alles bemäht, alles für bumm halten ist keine Kunst; die Hauptsache ist die, in die Verammlungen kommen und die Leute gefeindert machen, nicht sich ausreden: Was kann man in diesen Verammlungen lernen? Wenn nicht mehr, so doch, wie es nicht gemacht werden darf nach dem Begriff seiner Kollegen.

Doch ich will zum Schluß kommen und spreche die Erwartung aus, daß das, was die Urabstimmung erbracht hat, zum Besten des Ganzen dient, und die Fehler, die sich bei jeder solchen Sache mit einschließen, werden sich als nebenächlich erweisen. Möge der Verband auch unter den neuen Bestimmungen bleiben und gedeihen, möge ein Jeder nach seiner Kraft eintreten und an der Organisation mitbesten. Wenn wir einig sind, müssen uns alle Dinge zum Besten dienen. Goebel-Stettin.

Korrespondenzen.

Erlangen. Durch den famosen Artikel des Kollegen Wittich in der Nummer 23 unseres Verbandserganges ist es zu einer Polemik gekommen, die auch mich veranlaßt zur Stellungnahme. Die Angriffe gegen den Verbandsvorstand, wie sie in dem Artikel von Kollege Wittich enthalten sind, erinnern mich daran, daß einmal ein Gegner zu mir sagte: „Wenn ich auch Arbeiter einer gewählt wird, der eine gewisse hohe Stellung einnimmt, so giebt es schon wieder welche, die bemessen die Stelle zu untergraben suchen.“ Das scheint mir in diesem Falle zutreffend zu sein, ist doch das Vorgehen gegen den Verbandsvorstand von Berlin aus derart, daß es den Eindruck machen muß, es soll der Vorsitzende Kollege Dietrich in ein schiefes Licht bei den Mitgliefern gestellt werden. (Wir glauben nicht, daß das die Absicht des Kollegen W. war. Die Redaktion.) Im Jahr 1889/90 war ich Mitglied in Berlin beim Buchbinderverband (Vereinsvorsitzender Marwit) und Federarbeiterverband (Vorsitzender Jahn). Damals ging schon eine geheime Agitation, den Sitz des Verbandsvorstandes von Stuttgart nach Berlin zu bringen; darum war ich gar nicht verblüfft, den Verbandsvorstand von Berliner Kollegen angegriffen zu sehen. Derselbe wird sich aber hoffentlich nicht viel darum kümmern, giebt es doch genug Mitglieberschaften, die ihrem bewährten Verbandsvorsitzenden auch fernherhin das vollste Vertrauen schenken. Solche Angriffe machen den Sitz in Stuttgart noch nicht wackelig, und den Berlinern ist das Recht auch nicht vom Himmel gefallen, allein das Wort zu führen, oder daß andere Mitglieberschaften ihnen blindlings folgen müßten. Mag es aber sein wie es wolle, der Wahrheit muß die Ehre gegeben werden: Kollege Dietrich hat seine volle Schuldbildigkeit getan.

Ed. Hafentrichter.

In unserer am 6. Juli stattgefundenen Verammlungsversammlung u. a. auf der Tagesordnung: Stellungnahme zur Haltung des Verbandsvorsitzenden. Nach der hierüber erfolgten Diskussion gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die heute im Gasthaus zum Fuchsen stattfindende Verammlungsversammlung spricht sich in Zukunft ihr vollstes Vertrauen dem Kollegen Dietrich aus, in der setzigen Weise fortzuarbeiten und sich nicht durch einzelne Personen einschüchtern zu lassen.“ Mitgliedschaft Erlangen.

Leipzig. Eine öffentliche Verammlung der Buchbinder Leipzigs tagte am 19. Juni im Rantzen, Drebrönerstraße. Tagesordnung: 1) Der Maurerstreik; 2) Wahl eines Delegierten ins Gewerkschaftstarell; 3) Gewerkschaftslied.

Genosse Beyer hatte das Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung übernehmen und entlegte sich seiner Aufgabe als aller Zufriedenheit. Mit kurzen kernigen Worten schilderte er die Streikbewegung der Maurer, welche unseren Kollegen durch die Presse bereits genügend bekannt sein dürfte. Eine Debatte schloß sich an das Referat leider nicht an. Zum zweiten Punkt theilt Kollege Freiß mit, daß Kollege Mildner sein Amt als Vertrauensmann niedergelegt habe, und daß die Thätigkeit des neu-

Körper die sandige, wüßte, oft funderlang unbewohnte Altmart zu durchqueren.

Auf der nächsten Verbandsstelle meldete ich mich arbeitslos und wanderte ins Bayerische hinein, auf München zu. Es stellte sich mir unterwegs ein Kollege zu, ein Gisch-Lothringer, zu meiner Freude Verbandsmittglied. Als wir nun nach Wümbberg kamen und zusammen bei den Buchbindern des Städtchens umhauen gingen, kamen wir zu einem, der einen Gehilfen nötig hatte. Ich wollte gerne arbeiten, der Kollege aber auch, und dem Meister war es gleich, wer blieb; da jedoch mein Kollege schon älter und auch ganz bedeutend im Bruch war, trat ich zurück und wanderte allein weiter.

Unterdessen hatte sich mein Halsleiden dergestalt verschlimmert, daß mir die Schmerzen fast untraglich schienen. In München angelangt, ging ich gleich in die chirurgische Poliklinik und wurde hier sofort ein operativer Eingriff an mir vorgenommen.

Auch hier war ich gezwungen, jede Hilfe in Anspruch zu nehmen. Durch die dreiwöchentliche Wanderunterstützungsberechtigt, ging ich dennoch in die Zählstelle des Verbandes. Hier wurde mir die gewünschte Unterstützung bereitwillig gewährt.

Ferner besteht in München eine Stiftung zwecks Unterstützung mittelloser Wanderer. Die Zählstelle ist in der Hauptpolizei in der Weinstraße. Da ich der Unterstützung wirklich bedürftig war, ging ich hin und bat darum.

„Kommen Sie morgen“, wurde mir von den betreffenden Beamten in nicht liebenswürdigem Tone bebudet.

wählenden Vertrauensmannes sich nur bis zum Herbst erstreckt. Nachdem wurde Kollege Treppschuß gegen zwei Stimmen gewählt.

Zum dritten Punkt, Gewerkschaftliches, führt Kollege Madner aus, der Maurerstreik habe bewiesen, daß eine starke Organisation notwendig sei, um in eine Bewegung einzutreten. Bezüglich des Unterstützungsverbands solle doch von Seiten der Kollegen etwas mehr gethan werden. Kollege Kette drückt sich Bedauern dahin aus, daß sich die Versammelten nicht in einer Diskussion über den ersten Punkt ausgeprochen hätten, um dadurch ihre Solidarität mit den Maurern zu beweisen; darauf erwiederte Genosse Beyer, daß bezüglich der Unterstützung des Maurers der Unterstützungsverbands (die Verbandskasse) genügend zur Verfügung ständen habe. Ueber die Straß der Maurer in verschiedenen anderen Städten glaubt er, daß dieselben zu Gunsten der Streitenden ausfallen würden. Kollege Hüße ist der Meinung, daß die Reibereien unter unseren Kollegen dazu beigetragen hätten, daß so wenig zur Unterstützung gezeichnet wird. Es wäre vortheilhaft, daß der neu-gewählte dritte Vertrauensmann der Leipziger Buchbinder ein Mitglied des Jahnvereins ist. Bezüglich der Straß der Maurer in verschiedenen anderen Städten meint er, daß das gesammelte Geld auf den Streiklisten an die Verbandskasse der Maurer abgeführt wird. Ein diesbezüglicher Antrag, schon vorher vom Kollegen Glatzig eingebracht, fand einstimmig Annahme.

Kollege Galtich wünscht, zu Gunsten des Unterstützungsverbands eine Verammlung einzuberufen, in welcher ein tüchtiger Referent den Joch und den Nutzen unseres Fonds darlegen möge. Auch wirft er die voll und ganz berechtigte Frage auf, ob denn nichts gethan werden könne betreffs der Schmuckentfaltung der Herren Prinzipale. Kollege Zipperer spricht sich gegen eine Verammlung zu Gunsten des Unterstützungsverbands aus, und Kollege Kloth meint, daß, wenn die Gelder nicht besser einkämen, sie, nämlich der Verband, einen eigenen Unterstützungsverbands gründen würden. Kollege Hüße bedauert, daß er es gewesen, welcher den Bankapfel hineingeworfen, und meint, daß wir bei einer Bewegung so weit kommen würden, wie die Nürnberg-Maurer

Kollege Weigang wendet sich gegen Kloth, weil derselbe den alten zweiwöchigen „Lustlich“ wieder heroverbracht habe, und in jeder Verammlung immer neuen Anlaß gebe zu Streitigkeiten und Reibereien unter den Kollegen.

Darauf hin meldet sich ein von Stettin zugereiter Kollege Namens Salow zum Wort; derselbe führte aus, daß er ganz erlaunt sei über den alten Streit unter den hiesigen Kollegen, und daß er schon in Stettin den Antrag gestellt habe, die Leipziger Berichte in der Zeitung nicht mehr aufnehmen zu wollen!!

Kollege Galtich wendet sich gegen Kollege Galow; es möge von Seiten der Herren Verbandskollegen doch mit etwas mehr Anstand gearbeitet werden, indem man an Verammlungsabenden des Jahnvereins „Bergnigte Abende“ und „Lanzkränzen“ arrangirt habe. Allerdings seien die „Bergnigten Abende“ und „Lanzkränzen“ stets sehr windig ausgefallen, und manchmal soll man Miße gehabt haben, einen Etat fertig zu bringen. Dem Kollegen Galow wird ferner noch von dem Kollegen Glatzig dahin berichtet, daß die Zeitungsberichte des seine volle Berechtigung habenden Leipziger Jahnvereins rein sachlich gehalten sind, und daß ferner der Jahnverein in der schönen Zweck wie aus dem Auge verliert, die Einigkeit und die Solidarität unter den Kollegen hochzuhalten und nach jeder Richtung hin zu stärken.

Kollege Madner schließt sich den Ausführungen des Kollegen Galow an, er meint, schon bezüglich der belgischen, englischen und österreichischen Arbeiterkämpfe, man solle nicht mehr an die Arbeitgeber, sondern an die Regierung herantreten, und dazu sei wohl eine ganz andere Organisation notwendig, als die lokale. Bezüglich des Referats des Kollegen Schlegel aus Dresden gesteht er zu, daß selbiger wohl sehr sachlich und gut gesprochen habe, aber er habe das ganze Referat nur als ein Vorwort betrachtet. Kollege Galtich erwidert dem Kollegen Madner bezüglich der Organisationsform, daß selbst auf der sächsischen Landeskonferenz der sozialdemo-

Am anderen Vormittag ging ich hin, da hieß es: „Kommen Sie Nachmittags um 5 Uhr.“

Zur bestimmten Zeit war ich da. „Kommen Sie etwas später, ich habe jetzt keine Zeit“, bekam ich zu hören. Eine halbe Stunde darauf ging ich wieder hin und mußte erst eine ganze Weile an der Thüre warten. Dann berichtete mich der Beamte an:

„Haben Sie Geldmittel?“ „Nein.“ „Wozu leben Sie denn? Vom Fechten, was?“ „Nein“, gab ich wieder zur Antwort.

Nach längerem Hin- und Herfragen und nach Reibereien der Papiere wurden mir „ausnahmsweise“, wie der Beamte sagte, 50 Pfennig baar ausgegahlt.

Da ich nun gezwungen war, meines Hauses wegen noch kurze Zeit in München zu bleiben und die Heilung der Wunde abzuwarten, nahm ich auch das nächste Bsp in Anspruch. Letzteres ist eine gute Einrichtung und die Behandlung seitens des Hausvaters eine wirklich humane, was ich der Seltenheit wegen hervorheben will.

Tagüber lag ich nun in der Herberge und hoffte vergeblich auf Stellung; so verträumte ich einige Tage, manchmal in Nachdenken versunken über Lebens- und Jugendglück. — Da fiedt mich die Glocke des Hausvaters im Nachdenken:

„Ein Buchbinder wird gesucht!“

fratischen Partei die Lokalanisation als eine sehr gute und verlässig leistungsfähige hingestellt wurde. Ein vom Kollegen Schneefuß gestellter Antrag auf Schluß der Rechnerliste wurde einstimmig angenommen, und erfolgte darauf Schluß der leider sehr schwach (nur 150 Personen waren anwesend) beendeten Versammlung 11 1/4 Uhr.

Altona. Die hiesige Mitgliedschaft hielt am 6. Juli ihre ordnungsmäßige Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1) Wahl eines ersten und zweiten Vorsitzenden, 2) Abrechnung vom ersten Quartal und Kasfenbericht, 3) Verschiedenes, 4) Feststellung der Tagesordnung für nächsten Versammlung. Kollege Schneider als zweiter Vorsitzender eröffnete die Versammlung um halb 10 Uhr und bemerkte dann zum ersten Punkt, daß die Mitglieder leider genötigt sind, zu der Wahl eines Vorsitzenden zu schreiten. Man glaubte in Kollege Goldberg einen Mann gefunden zu haben, der sich für den Posten eignet, sah sich aber darin getäuscht; das Resultat davon war, daß Kollege Goldberg sein Amt niederlegte. Kollege Schneider betont nun, daß die Mitglieder sich in Zukunft Leute wählen, die es sich zur Aufgabe machen, die ganzen Vereinsinteressen zu pflegen und zu bewahren im wahren Sinne des Wortes. Hierauf kamen in Vorschlag die Kollegen Oberberg, Schreiber, Markspan und Bertram. Die Abstimmung wurde durch Stimmzettel vorgenommen und ergab, daß Kollege Oberberg die meisten Stimmen erhielt. Zur Wahl eines zweiten Vorsitzenden, welcher als Beisitzer fungiert, kamen in Vorschlag die Kollegen Markspan, Schreiber und Bertram. Kollege Markspan erhielt die meisten Stimmen und war somit als zweiter Vorsitzender gewählt. Die Abrechnung vom ersten Quartal gibt der Kassier, Kollege Geese, Einnahmen: Eingetretene im ersten Quartal 25 Mitglieder à 50 Pf. = 12 M. 50 Pf., Beiträge von 28 Mitgliedern à 25 Pf. = 50 M. 50 Pf., in Summa 63 M. Ausgaben: Für Reiseunterstützung 295 Kilometer à 2 Pf. = 5 M. 80 Pf., für außerordentliche Agitation 6 M., Ausgaben für Verwaltungsmaterial und Porto 26 M. 15 Pf., in Summa 37 M. 95 Pf. Am Orte behalten wurden 25 M. 5 Pf. Kollege Engel, Kassier, rügte, daß einem reisenden Mitgliede 5 M. 80 Pf. für 295 Kilometer ausbezahlt worden sind. Das betreffende Mitglied hatte tarifmäßig nur 2 M. 40 Pf. zu beanspruchen. Dieses Versehen ist eben auf Unkenntnis zurückzuführen; derartige Fälle werden in Zukunft nicht wieder vorkommen. Beim dritten Punkt, Verschiedenes, entfielen lebhaft Debatten in Betreff des Arbeitsnachweises und der Frage, wo Unterstützung ausbezahlt werden soll. Die Regelung dieses wurde dem Vorstand übertragen. Nach Festsetzung der Tagesordnung für nächsten Versammlung erfolgte Schluß der Versammlung um halb 12 Uhr. H. O.

Mundschau.
Der Streit der Handfuchmacher in Stuttgart, Göttingen und Ludwigshurg hat bereits zwei Fabrikanen in Stuttgart zur Bewilligung der Forderungen veranlaßt. In der einen Fabrik ist nach nur eintägigen Streit und in der zweiten, der größten Handfuchfabrik, ist nach Verlust einer Woche den Arbeitern der Sieg zugefallen.
Die Generalversammlung des Verbandes deutscher Buchdrucker, welche vom 17. bis 21. Juni in Breslau tagte, war von 61 Delegierten, 3 Mitgliedern des Vorstandes, dem Sekretar des Verbandes, dem Vertreter des internationalen Buchdruckersekretariats, sowie von zwei Vertretern des österreichischen Buchdruckerverbandes besetzt. Der Verband hatte am Schluß des ersten Quartals d. J. in 774 Orten 18563 zahlende Mitglieder. Ein Antrag, als kontrollierende Behörde einen Ausschuß einzufügen, wurde abgelehnt; desgleichen ist ein Antrag, das Organ des Verbandes von Leipzig nach Berlin zu verlegen, abgelehnt worden, ebenso die obligatorische Einführung desselben. Die Generalversammlung sieht nach wie vor auf dem Behen des gemeinsam vereinbarten Tarifs, beschließt auch, daß der Verband sich an dem gemeinsamen internationalen Sekretariat auch fernerhin beteilige, und erklärt an dem Befand der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften festzuhalten.
Literarisches.
„Die Neue Zeit“, Neuve des geistigen und öffentlichen Lebens (Stuttgart, J. H. W. Dies' Verlag) erscheint in wöchentlichen Heften à 20 Bsp. pro Quartal 2,50 M. und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteur zu beziehen. Erhalten ist Heft 41.
„Der Sozialdemokrat“, Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Bunt-Strasse 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsbezieher. Das Abonnement beträgt pro Quartal 1,20 M., unter Kreuzband 1,80 M. Erhalten ist Nr. 27.
„Soziale Praxis“, Zentralblatt für Sozialpolitik. Zugleich Organ des Verbandes deutscher Gewerkschaften. (Herausgeber Dr. J. Jastrow, Verlag von Carl Heymann, Berlin W., Mauernstraße 44.) Erhalten jeden Montag. Preis vierteljährlich 2,50 M. Erhalten ist Nr. 41.
Von der „Gleichheit“, Beiblatt für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. H. W. Dies' Verlag) ist mit Nr. 14 des 5. Jahrgangs ausgegangen. — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld 5 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. — Inseratenpreis die zweispaltige Zeile 20 Pf.
„Die Wohlfahrt“, Beiblatt für volkswirtschaftliche Weltweite und soziale Gesundheitspflege. Verlag von Josef Bernand, Reichshagen, Böhmern, Friedrichstraße 12. Abonnementspreis pro Jahr 1,50 Gulden = 3 Mark. Erhalten ist Heft 6 des 2. Jahrgangs.
Fragekasten.
Wie repariert man beschädigte Walzen einer Gummir- und Nadrmaschine am besten? F. R. in W.

Änderungen im Adressverzeichnis.
Änderungen in den Adressen der Mitgliedschaften.
Altona: Hermann Oberberg, Stotmstr. 7 II. (Odenburg; Reinhold Schulze, Buchbinder Aug. Timpe, Herrenstr. 6.
Ruhrodt: Karl Krus, Landwörth. 30.
Wien: Julius Grünwald, 18. Bezirk (Mähring), Antoniegasse 90.
Änderungen im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Anzahler.
Altona. A. F. Geese in Ottenfen, Solgenwiete 4 II.; von 12/1—1/2 und 7—9 Uhr.
A. W. Richter, Altona, Schaumburgerstr. 93 II.; von 12—1 und 7—9 Uhr.
Dortmund. K. Jul. Schmidt, Markt 20 II.
Eberfeld. Z. P. Meyer, Ernähr. 121; von 12/1 bis 1/2, von 7/1—8/1 und 7—8 Uhr.
Glogau. Z. Willibald Riedel, Langestr. 26 III.; von 12/1—1/2 und 7—8 Uhr.

Im Gegenseitigkeitsverhältnis stehende Vereine.
Bairisch. SA. Otto Deutschmann, Solbestr. 29 IV.
Bekanntmachung des Zentral-Arbeitsnachweises.
Die Bestimmungen des Absatz 13 des Arbeits-Nachweis-Reglements — vierteljährliche Berichterstattung betreffend — ist von dem größten Teil der örtlichen Arbeits-Nachweise in den letzten Quartalen unbeachtet geblieben, ich sehe mich deshalb veranlaßt, dieselben auf ihre statutgemäßen Verpflichtungen hinzuweisen.
Von den im Verzeichnis angegebenen 27 Arbeits-Nachweisen haben anfangs 16 berichtet, zur Zeit ist diese Zahl auf 4 herabgegangen. Unter diesen Umständen ist es unmöglich, ein Bild unserer Tätigkeit auf dem Gebiete der Stellenvermittlung und einen Ueberblick über die Arbeitslosigkeit zu gewinnen. Ich ersuche um nachträgliche Einsendung der fehlenden Berichte vom vierten Quartal v. Js. ab und bitte, fürderhin die Berichterstattung regelmäßig innerhalb des ersten Monats nach beendigtem Quartal anzuführen.
W. Brillke.

Anzeigen.
Zentral-Franken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder etc. (Eingeführte Hilfskasse). Sitz Leipzig. (12.90)

Verwaltungskasse Berlin.
Sonntag den 20. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, in Cohn's Festhale, Beuthstr. 21
Hauptversammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kasfenbericht.
2. Kasfen- und Kontrollbericht für 2. Quartal 1895.
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
4. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungskasse Dresden.
Sonntag den 20. Juli, Abends 9 Uhr, im Kassenlokal, Restaurant „Boulevard“
Hauptversammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kasfenbericht.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungskasse Erlangen.
Samstag den 20. Juli, Abends 1/9 Uhr, im Kassenlokal
Hauptversammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kasfenbericht.
2. Neuwahl der Gesamtverwaltung.
3. Verschiedenes.
Die Mitglieder werden freundlichst ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungskasse Jülich.
Sonntag den 20. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal, Restaurant Zit
Hauptversammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kasfenbericht.
2. Neuwahl der Gesamtverwaltung.
3. Verschiedenes.
Vollzähliges Erscheinen der Kollegen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungskasse Hamburg.
Sonntag den 20. Juli, Abends 9 Uhr, bei Thome, Kogelhöfen
Hauptversammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kasfenbericht.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungskasse Mainz.
Samstag den 20. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Kassenlokal
Hauptversammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kasfenbericht.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungskasse Neu-Buppin.
Sonntag den 20. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Kassenlokal
Hauptversammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kasfenbericht.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungskasse Nürnberg.
Sonntag den 21. Juli, Vormittags 10 Uhr, in der Bauerschen Wirtshaus, Schlottegergasse
Hauptversammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kasfenbericht.
2. Neuwahl der Verwaltung.
3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungskasse Erlangen.
Am 27. Juni starb nach langem Leiden unser Mitglied
Herr Felix Zlicar
aus Gartsfeld i. Krain.
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungskasse Stuttgart.
Am 29. Juni ist das Mitglied
Friedrich Lipps aus Stuttgart gestorben.
Die Ortsverwaltung.

Mitgliedschaft Stuttgart.
Samstag den 13. Juli, Abends 1/9 Uhr
Versammlung
im Gasthof zum „Sirsch“, großer Saal 307.
Tagesordnung: [1.90]
1. Wie stellen wir uns zur Aufhebung des Lokalarbeitsnachweises im Gunsten des städtischen Arbeitsamts?
2. Güter Montag. — Tanzfrägen.
3. Bahlvorschläge zum Bauvorstand.
4. Fragekasten. — Verschiedenes.
Die Mitglieder werden bringend ersucht, die Mitgliedsbücher in dieser Versammlung abzugeben, ebenso werden die Restanten aufgefordert, ihre Beiträge zu entrichten.
Der Vorstand.

Mitgliedschaft Berlin.
General-Versammlung Montag den 22. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, in Schmiedels Festhale, Alte Jakobstraße 32. Der Arbeitsnachweis befindet sich Ammensstraße 16, Hof p. Geschäftsstunden: Für Arbeiter von 12—1 und 8—9, für Arbeiterinnen von 7—8 Uhr Abends. Sonntags für beide Geschlechter von 10 bis 11 1/2 Uhr Vormittags.
Die Bibliothek ist geöffnet Mittwochs von 7—9 und Sonnabends von 6—9 Uhr. 308] [1.90
Der Vorstand.
Ihren lieben Kollegen 309] [0.50
Carl Gehrke
zu seinem Wiegensfest ein donnernd „Goch“. Die Verbandskollegen in Bromberg.

Handvergolde-Unterricht etc. etc.
310] von [2.20
Rudolf Ortmyer,
München, Karlsplatz 14.
Prospekt gratis.
Aelteste und so auch die erste Vergolde-Schule Münchens.

Stadt Hannover, Leipzig, Seeburgstrasse.
Empfehle 311]
Guten bürgerlichen Mittagstisch zu . . . 40 Pf.
Abendlich frischen Stamm von . . . 30 Pf. an.
Echt Culmbacher, à Glas . . . 15 Pf.
ff. Crostiger Lagerbier, 2 Glas . . . 25 Pf.
Gesellschaftszimmer, kleiner Saal in
Versammlungen. [2.20
Hochachtungsvoll
W. Spiess.

Fachverein Leipzig.
Sonntag den 14. Juli
Feier des XI. Stiftungs-Festes
im Albertgarten zu Leipzig-Angert-Crottendorf [4.80]
bestehend in
Konzert, Ball, Herren- & Damen-Preistegeln & Kinderspielen.
Abends grosses brillantes Feuerwerk.
Programm im Vorverkauf 20 Pfennig, an der Kasse 25 Pfennig.
Einlass 3 Uhr.
Anfang 4 Uhr.
Alle Kollegen, sowie Freunde und Gönner des Vereins sind freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Verbands-Versammlungs-Kalender.

Ort	Local	Versammlungstag	Beginn
Altona	„Goldenen Löwen“, Paurberggasse	24. Juli (alle 14 Tage)	1/9 Uhr
Altona	Bei J. Bod, Bürgerstraße 32	Am 1. und 3. Sonntag im Monat	1/9 Uhr
Augsburg	Restaurant Leiner am Perlachberg	20. Juli (alle 14 Tage)	8 Uhr
Berlin	Schmiedel's Festhale, Alte Jakobstr. 32	22. Juli	8 1/2 Uhr
Bielefeld	Gasthof „Stadt Frankfurt“, Ritterstr.	Sonntag vor dem 1. u. 15. des Monats	1/9 Uhr
Braunschweig	„Bayerischer Hof“, Dehlshägerstr. 40	Am 2. und 4. Sonntag im Monat	9 Uhr
Bremen	Gasthaus Wegener, Langenstraße 100	Am 1. und 3. Sonntag im Monat	9 Uhr
Breslau	Hotel drei Berge, Ritterstr. 33, S. r. I	Jeden Sonntag	8 Uhr
Darmstadt	Restaur. P. Gutz, Ecke Moosgasse und Boogsplatz	Am 2. und 4. Samstag im Monat	1/9 Uhr
Dortmund	Gasthof Brinmann, Westenhellweg 111	20. Juli (alle 14 Tage)	9 Uhr
Dresden	„Boulevard“, an der Kreuzkirche	Jeden Sonntag	9 Uhr
Düsseldorf	Restauration Kornweibel, Breitestr. 15	Jeden Samstag	9 Uhr
Eberfeld	Bei Witwe Strieder, Neumarktstraße	13. Juli (alle 14 Tage)	8 1/2 Uhr
Erfurt	Restaurant „Zum Krotzobol“, Eichengasse	19. Juli (alle 14 Tage)	
Erlangen	„Zum Fuchsen“, Theaterplatz	Am 1. Sonntag im Monat	8 Uhr
Flensburg	Gasthof „zur Birke“, Große Straße 65	Am 1. und 3. Samstag im Monat	1/9 Uhr
Frankfurt a. W.	Restauration Böhner, Steingasse 19	Am Sonntag nach d. 1. u. 15. d. M.	8 1/2 Uhr
Frankfurt a. O.	Restaur. Petruschke, Oberstr., am Markt	7/9 Uhr	
Freiburg i. B.	Gasthaus „zum Bären“, Oberlinden	Am zweiten Samstag im Monat	8 1/2 Uhr
Götting	Restaurant Zit, Wasserstraße	Am zweiten Sonntag im Monat	9 Uhr
Glogau	Restaurant Hofenberg, Mühlstraße 6	Am 1. und 3. Samstag im Monat	9 Uhr
Hagen i. W.	„Centralhalle“, Wilhelmstraße 3	Am 1. und 3. Sonntag im Monat	8 1/2 Uhr
Halle a. S.	Bei Kappe, am Markt	Am 1. und 4. Sonntag im Monat	9 Uhr
Hamburg	Flößner-Bräu, Sternstraße 1	Am 1. und 3. Sonntag im Monat	8 1/2 Uhr
Kaiserslautern	Bei Thome, Kogelhöfen 16	Am 1. Sonntag nach d. 1. u. 15. d. M.	8 1/2 Uhr
Karlsruhe	Restauration Bolte, Neue Straße 27	13. Juli (alle 14 Tage)	8 Uhr
Kiel	Sum alten Bräuhaus, Jadenstr. 13	15. Juli (alle 14 Tage)	9 Uhr
Köln	Restaurant „zur Blume“, Birtel 28	19. Juli (alle 14 Tage)	9 Uhr
Konstanz	Ahrens, Zentralherberge, Alte Reibe 8	13. Juli (alle 14 Tage)	8 Uhr
Köln (Baden)	Bei W. Woll, Thieboldsgasse 146	19. Juli (alle 14 Tage)	1/9 Uhr
Leipzig	Restaur. Krüger, Salmannswallergasse	13. Juli (alle 14 Tage)	1/9 Uhr
Lübeck	Brauerei Erb, Friedrichstraße	Am 2. und 4. Sonntag im Monat	1/9 Uhr
Magdeburg	„Univeritätseller“, Ritterstraße 7	13. Juli (alle 14 Tage)	1/9 Uhr
Mannheim	Gasthof „Goldenen Anker“, Bäderstr.	Sonntag nach dem 1. u. 15. d. M.	9 Uhr
München	„Berliner Hof“, Fühlhaußen 19	13. Juli (alle 14 Tage)	1/9 Uhr
München	Nidards Restaurant, Kogenstr. 8 u. 9	Am ersten Samstag im Monat	1/9 Uhr
München	Gasthaus „Linden“, große Langgasse	Am 2. und 4. Samstag im Monat	1/9 Uhr
München	„Gute Wirtin“ (Fr. Bader) Prielmayerstr.	13. Juli (alle 14 Tage)	1/9 Uhr
München	Restaurant Bauer, Schlottegergasse	21. Juli (alle 14 Tage)	1/9 Uhr
München	Gasthaus „zum Lindenbaum“	15. Juli (alle 14 Tage)	9 Uhr
München	Waldschütz's Hotel	Am letzten Sonntag im Monat	1/9 Uhr
München	Brauerei Hof, Baumstraße	Am 2. und 4. Samstag im Monat	1/9 Uhr
München	Restauration H. Knoll, Ludwigstraße	27. Juli	9 Uhr
München	Rest. Boorts, vorm. Dage, Breitestr. 11	3. August	9 Uhr
München	Gasthof zum „Sirsch“, Herfstr. 14	13. Juli (alle 14 Tage)	1/9 Uhr
Meimar	Großkopfs Restaurant, Breitenstr.	19. Juli (alle 14 Tage)	1/9 Uhr